



Frauenpolitische Aspekte der Arbeitsmarktentwicklung in Ost- und Westdeutschland .....	421
Der Arbeitsmarkt ein Jahr nach Beginn der Währungsunion .....	427

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

# WOCHENBERICHT 30/91

Berlin

25. Juli 1991

58. Jahrgang

1. Ex.

## Frauenpolitische Aspekte der Arbeitsmarktentwicklung in Ost- und Westdeutschland

*Eine Entspannung der dramatischen Situation am Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern ist vorerst nicht zu erwarten, vielmehr muß mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Von ihr sind Frauen in beiden Teilen Deutschlands überdurchschnittlich betroffen. Die auf eine kurzfristige Milderung der Arbeitsmarktprobleme ausgerichteten traditionellen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik reichen nicht aus, um einer tiefen Spaltung der Gesellschaft in arbeitsplatzbesitzende und arbeitsplatzsuchende Frauen und Männer und damit verbundenen sozialen Konflikten entgegenzuwirken. Vielmehr ist ein integrierter Ansatz mehrerer Politikbereiche erforderlich, wobei die Sozialpolitik, die Wirtschafts- und Strukturpolitik besonders gefordert sind. Dabei besteht zugleich die Notwendigkeit, die Erwerbsarbeit von ihrer Fixierung auf männerspezifische „Normalbiographien“ und Werthaltungen zu lösen, da diese nicht weniger als der Mangel an Arbeitsplätzen der vollen Integration von Frauen am Arbeitsmarkt entgegensteht. Eine Ausweitung von qualifizierter Teilzeitarbeit für Frauen und Männer sowie Wochenarbeitszeitverkürzungen sind aus frauenpolitischer Sicht erforderlich, um die volle Integration von Frauen am Arbeitsmarkt zu erleichtern. Gleichzeitig sind die qualitativen Rahmenbedingungen der Erwerbsarbeit (Kinderbetreuung usw.) zu verbessern.*

### Erwerbsquote der Frauen in den neuen und alten Bundesländern

Die Arbeitsmarktpolitik ist in den alten und in den neuen Bundesländern mit einer jeweils spezifischen „Frauenfrage“ konfrontiert:

- Mit einer Erwerbsquote von rund 90 vH (vgl. Tabelle 1) nahmen die Frauen in der DDR weltweit eine Spitzenposition ein. Im Zuge der aktuellen Transformationsprozesse in den östlichen Bundesländern wird allgemein ein Absinken der Erwerbsquote der Frauen erwartet.
- Die Erwerbsquote der Frauen<sup>1</sup> in den westlichen Bundesländern befindet sich mit etwa 63 vH im internationalen Vergleich auf relativ niedrigem Niveau. In den vergangenen Jahren hat aber insbesondere bei den jüngeren Frauen die Erwerbsbeteiligung zuge-

nommen. Auch für die Zukunft ist mit einem weiteren Anstieg der Frauenerwerbsquote zu rechnen.

Insgesamt wird eine „gewisse“ Angleichung der Erwerbsquoten erwartet. Um welche *quantitativen* Dimensionen es sich dabei handelt, zeigt folgende Rechnung<sup>2</sup>: In einfachen statischen Szenarien (vgl. Tabelle 2) wurde die Angleichung des Anteils der nichterwerbstätigen Frauen in den neuen und alten Bundesländern auf unterschiedliche Niveaus simuliert.

<sup>1</sup> Die Altersabgrenzung bei den erwerbsfähigen Frauen wurde mit 16 bis unter 60 Jahren aus Zwecken der Vergleichbarkeit gewählt. Frauen erreichten in der DDR mit 60 Jahren das Rentenalter.

<sup>2</sup> Vgl. Eike Holst und Jürgen Schupp, Frauen in West- und Ostdeutschland — Erste Bilanz vergleichender Analysen. Colloquium „Ein Jahr Sozialunion in Deutschland“ Bilanz — Ausblick, Hans-Böckler-Stiftung, 1991. Druck in Vorbereitung.

Tabelle 1  
**Erwerbsbeteiligung von Frauen im erwerbsfähigen Alter  
 (16 bis unter 60 Jahre) in West- und Ostdeutschland  
 in vH**

	Erwerbs- quote	darunter: Voll- zeit	Teil- zeit	arbeitslos
West (Basis hochgerechnet: 18,3 Mill. Frauen)	63,4	39,2	20,3	3,9
Ost (Basis hochgerechnet: 4,8 Mill. Frauen)	89,6	64,2	19,3	6,2
freigestellt				
<i>Quellen:</i> Das Sozio-ökonomische Panel 1989 (West), 1990 (Ost).				

1. Ein Absinken auf das Niveau in den alten Bundesländern würde in der ehemaligen DDR den Rückzug von 1,3 Mill. Frauen vom Arbeitsmarkt voraussetzen (Szenario 1). Das zweite Szenario stellt die umgekehrte Anpassung auf das Niveau in der ehemaligen DDR dar.
2. Aber auch wenn sich die Erwerbsbeteiligung der Frauen sozusagen in der Mitte trübe („Nichterwerbstätigenquote“: 23,5 vH, Szenario 3), würde dies noch für etwa 640 000 Frauen in den neuen Bundesländern den vollständigen Rückzug vom Arbeitsmarkt bedeuten. Umgekehrt hätte diese Angleichung in Westdeutschland zur Folge, daß sich knapp 2,5 Mill. Frauen zusätzlich um einen Arbeitsplatz bemühen bzw. beim Arbeitsamt arbeitslos melden würden.

Tabelle 2  
**Statische Simulation unterschiedlicher „Nichterwerbsquoten“  
 (NE-Quote) für Frauen im erwerbsfähigen Alter  
 (16 bis unter 60 Jahre)**

	NE-Quote in vH	Bilanz Ost Abgänge in 1 000	Bilanz West Zugänge in 1 000
Szenario I NE-Quote = Westniveau	36,6	-1 272	Status quo
Szenario II NE-Quote = Ostniveau	10,3	Status quo	+ 4 838
Szenario III NE-Quote 1/2 Differenz	23,5	-636	+ 2 419
Szenario IV NE-Quote = West — 6 vH	30,6	-976	+ 971
<i>Quellen:</i> Das Sozio-ökonomische Panel 1989 (West), 1990 (Ost).			

3. In Szenario 4 wird der nach Ende des konjunkturellen Tiefs (1983) im Sozio-ökonomischen Panel beobachtete Anstieg der Erwerbsquote der westdeutschen Frauen (im Alter von 16 bis unter 60 Jahren) um etwa 1 vH-Punkt jährlich fortgeschrieben (1984 bis 1990: Abnahme der NE-Quote um 6 vH Punkte). Hiernach würden in einem Vergleichszeitraum von sechs Jahren zusätzlich knapp eine Million Frauen in Westdeutschland einen Arbeitsplatz finden bzw. sich arbeitslos melden. Dagegen müßten sich in den neuen Bundesländern knapp eine Million Frauen in diesem Zeitraum vollständig vom Arbeitsmarkt zurückziehen.

Diese rechnerischen Ergebnisse machen deutlich, daß selbst eine nur annähernde Angleichung der Frauenerwerbsquoten in Ost- und Westdeutschland mit dem Rückzug einer großen Zahl von Frauen vom Arbeitsmarkt in Ostdeutschland und einem deutlichen Anstieg der Zahl der Arbeitsplätze in Westdeutschland verbunden wäre.

### Gegenläufige Tendenzen auch bei den qualitativen Rahmenbedingungen

Die quantitative Dimension der Erwerbsquote steht im Zusammenhang mit den qualitativen Rahmenbedingungen der Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern. Hier ist die Situation in Ost- und Westdeutschland ebenfalls durch eine zumindest partiell gegenläufige Entwicklung gekennzeichnet:

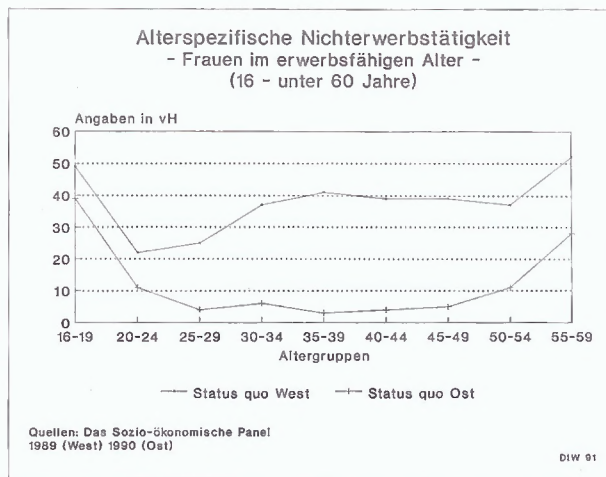
- In den westlichen Bundesländern wird gefordert, die Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Dabei geht es um Maßnahmen und Regelungen, die in der DDR — allerdings nur für Frauen — teilweise bereits gegeben waren. Zu nennen ist hier vor allem das flächendeckende Angebot für die familienergänzende Betreuung von Kindern, Freistellungsrechte zur Pflege erkrankter Kinder, gesicherte Wiedereinstiegsmöglichkeiten nach einer Erwerbsunterbrechung wegen Mutterschaft; Abbau von Begünstigungen der „Hausfrauen-Ehe“ im Steuer- und Sozialrecht.
- In den neuen Bundesländern hat der Prozeß der allgemeinen Angleichung an marktwirtschaftliche Strukturen zu einer Rücknahme vieler bisher vorhandenen Rechte und Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf geführt.

Während in den alten Bundesländern die steigende Erwerbsneigung der Frauen in den achtziger Jahren wegen der hohen Arbeitslosenzahlen mit Sorge betrachtet wurde, verbindet sich mit dem erwarteten Absinken der Erwerbsneigung der Frauen in den neuen Bundesländern teilweise die Hoffnung auf eine Entlastung des Arbeitsmarktes. Die Erwartung, daß sich die derzeitigen Probleme der Arbeitslosigkeit durch ein ausreichendes Wirtschaftswachstum rasch „von selbst“ lösen, ist unter den gegebenen Voraussetzungen unrealistisch.

### Erwerbsneigung der Frauen in den neuen Bundesländern weiterhin auf hohem Niveau

In den neuen Bundesländern ist trotz der verschlechterten Rahmenbedingungen nicht gewiß, inwieweit der Rückzug von Frauen aus dem Berufsleben zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes führt. Für das Verharren der Frauenerwerbsquote in den neuen Bundesländern auf relativ hohem Niveau sprechen die folgenden Argumente:

1. Vor dem Hintergrund eines vom „sozialistischen Wirtschaftssystem“ verursachten allgemeinen Arbeitskräftemangels waren Frauen als Arbeitskräfte gesucht. Entsprechend war die Einkommenspolitik in der DDR auf dem Prinzip aufgebaut, daß in Mehr-Personen-Haushalten alle Erwachsenen zum Haushaltseinkommen beitragen<sup>3</sup>. Die Erwerbstätigkeit der Frauen war aufgrund entsprechender Rahmenbedingungen nicht nur möglich, sondern wegen der vergleichsweise niedrigen Verdienste der Männer auch ökonomisch notwendig. Die (erwerbstätigen) Frauen trugen im Durchschnitt fast die Hälfte (44 vH) zum Nettoerwerbseinkommen des Haushalts bei (Bundesrepublik: 38 vH)<sup>4</sup>. Die Verdienstangleichung an das Westniveau wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen, so daß die meisten Haushalte ihren Lebensunterhalt bis auf weiteres nicht aus nur einem Einkommen bestreiten wollen bzw. können.
2. Die Scheidungsrate war in Ostdeutschland relativ hoch, und die Ehe wurde nicht als lebenslang verlässliche Versorgungsinstitution angesehen<sup>5</sup>. Die Verantwortlichkeit für den eigenen Lebensunterhalt ist den Frauen in den neuen Bundesländern genauso selbstverständlich wie den Männern. Eine repräsentative Umfrage in den neuen Bundesländern dokumentiert<sup>6</sup>, daß trotz hoher Familienorientierung „für die übergroße Mehrheit der befragten Frauen die Erwerbstätigkeit ein selbstverständliches und obendrein unverzichtbares Element ihrer Lebensplanung ist.“
3. Der Anteil der alleinerziehenden Frauen ist in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland<sup>7</sup>. Für Alleinerziehende kommt ein Verzicht auf Erwerbstätigkeit ohne ausreichende materielle Kompensation ohnehin nicht in Frage.
4. Schaubild 1 verdeutlicht, daß die mit über 30 Prozentpunkten größten Unterschiede der Erwerbsbeteiligung in Ost- und Westdeutschland bei Frauen der Altersgruppe von 30 bis unter 50 Jahren liegen. Es ist kaum zu erwarten, daß diese in ihren Lebensorientierungen gefestigten Frauen sich ohne weiteres mit einem von ihnen nicht gewünschten Lebensmodell abfinden, zumal für die meisten Frauen dieses Alters sich das Problem der Kinderbetreuung nicht mehr so scharf stellt wie bei den jungen Frauen, die Kleinkinder haben<sup>8</sup>.
5. Wer in der Anpassungskrise der ostdeutschen Wirtschaft seine Erwerbstätigkeit unterbricht, hat bei einer gewünschten Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit



erhebliche Schwierigkeiten, Anschluß an die neuen marktwirtschaftlich orientierten Arbeits- und Produktionsstrukturen zu finden.

6. Bei den jüngeren Frauen besteht wegen der beschriebenen Tendenzen darüber hinaus der Anreiz, sich den neuen Verhältnissen durch Vertagung bzw. Aufgabe ihres Kinderwunsches anzupassen, was der erwarteten Abnahme der Erwerbsquote von Frauen ebenfalls entgegenwirken würde.

Würde nun die Arbeitsmarktpolitik versuchen, die Erwerbsneigung von Frauen zu senken, stände dies nicht nur im Widerspruch zu den Wünschen, Erwartungen und Lebensbedingungen der Betroffenen. Diese Politik wäre auch auf mittlere und längere Sicht beschäftigungspolitisch nicht sinnvoll, da Betriebe zunehmend Frauen als Arbeitskräfte nachfragen<sup>9</sup> und Schätzungen des Arbeitskräf-

<sup>3</sup> Vgl. hierzu Erwerbstätigkeit und Einkommen von Frauen in der DDR. Bearb.: Martin Gornig, Johannes Schwarze und Michael Steinhöfel. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 19/90.

<sup>4</sup> Noch deutlicher wird der Unterschied, wenn man den Beitrag der Frauen zum Nettoerwerbseinkommen in *allen* Partnerhaushalten betrachtet. Er betrug in der DDR 40 vH gegenüber 18 vH in der Bundesrepublik. Vgl. Gornig et al., a.a.O., S. 266.

<sup>5</sup> Für eine theoretische Untersuchung der Notwendigkeit von Frauenerwerbstätigkeit angesichts eines hohen Scheidungsrisikos vgl. Notburga Ott, Familienbildung und familiäre Entscheidungsfindung aus verhandlungstheoretischer Sicht, in: G. Wagner et al. (Hg.), Familienbildung und Erwerbstätigkeit im demographischen Wandel, Berlin u.a., S. 97-116.

<sup>6</sup> Vgl. Bundesministerium für Frauen und Jugend (Hg.): Frauen in den neuen Bundesländern im Prozeß der deutschen Einigung. In: Materialien zur Frauenpolitik 11/1991, S. 19 f.

<sup>7</sup> Vgl. Die ökonomische Situation von Alleinerziehenden in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren. Bearb.: Joachim Frick, Peter Krause und Heinz Vortmann. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 42/90, S. 598-603.

<sup>8</sup> Vgl. hierzu auch Vereinigtes Deutschland — geteilte Frauengesellschaft. Bearb.: Ellen Kirner, Erika Schulz und Juliane Roloff. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 41/90, S. 575-582.

<sup>9</sup> Vgl. Gert Wagner, Bevölkerungsentwicklung und betrieblicher Personalbedarf aus volkswirtschaftlicher Sicht. In: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge Band 202, 1990, S. 455-471.

tepotentials davon ausgehen, daß gerade Frauen spätestens nach der Jahrtausendwende wieder gebraucht werden<sup>10</sup>.

**Probleme der Doppelbelastung der Frauen durch fehlende Entlastung im Haushalt**

Bei der Gestaltung einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die sich an den Wünschen der Frauen und den Zielen ihrer gleichberechtigten Teilhabe am Arbeitsmarkt orientiert, kann aus den Erfahrungen in der DDR gelernt werden. Dort ist es trotz hoher Erwerbsquoten von Frauen nicht gelungen, die „sozialistische Gleichberechtigungskonzeption“ zu verwirklichen. Niedrigere Verdienste, engeres Berufsspektrum, geringere Repräsentanz in Leitungsfunktionen usw. kennzeichneten die Berufssituation von Frauen in der DDR, wenn auch etwas weniger ausgeprägt als im Westen<sup>11</sup>.

Die Ursachen hierfür liegen vor allem in der „Zeitnot“ der Frauen, die es ihnen gewöhnlich nicht ermöglicht, sich den beruflichen Pflichten genauso zu widmen wie Männer. Ein Vergleich ausgewählter Aktivitäten für Familie und Beruf macht deutlich, daß sich die Frauen auch in Ostdeutschland in bezug auf die zeitliche Gesamtbelastung schlechter stellen als die Männer (vgl. Tabelle 3). Es bestehen ähnliche Strukturen traditioneller Arbeitsteilung: Während Männer etwas mehr Zeit als Frauen für die Berufstätigkeit und Reparaturen am Haus, Gartenarbeit usw. aufwenden, liegt die Domäne der Frauen nach wie vor bei Hausarbeit, Besorgungen und Kindererziehung. Im Gesamtbild bleibt den Frauen weniger „freie Zeit“ als den Männern<sup>12</sup>. Aufgrund ihrer hohen Erwerbsbeteiligung und des hohen Erwerbsumfanges waren die Frauen in der DDR im Durchschnitt zeitlich auch deutlich stärker belastet als Frauen in Westdeutschland.

Trotzdem wurde Erwerbstätigkeit überwiegend nicht als Zwang empfunden. „Allenfalls sind die Frauen mit Hochschulabschluß eher an den Inhalten der Tätigkeit interessiert, während bei den Facharbeiterinnen eine Orientierung überwiegt, in der das eigene Einkommen eine herausragende Bedeutung hat“<sup>13</sup>.

**Große Unterschiede in der soziodemographischen Struktur der Teilzeit arbeitenden Frauen**

Aufgrund der „Pflicht“ zur Vollerwerbstätigkeit für jüngere Frauen bestand für Mütter kleinerer Kinder in der DDR nur in Ausnahmefällen (z.B. drei und mehr Kinder) die Möglichkeit, die Doppelbelastung durch eine Arbeitszeitverkürzung zu kompensieren. Dies drückt sich in der unterschiedlichen soziodemographischen Struktur der Teilzeitarbeiterinnen aus<sup>14</sup>. Zwar arbeitete etwa ein Fünftel der Frauen im erwerbsfähigen Alter Teilzeit (vgl. Tabelle 1), hierbei handelte es sich jedoch nahezu ausschließlich um ältere

Tabelle 3  
Vergleich des Zeitaufwandes für Berufs- und Familienarbeit an Werktagen von Frauen im erwerbsfähigen Alter (16 bis unter 60 Jahre) in West- und Ostdeutschland

Anteil		nicht erwerbstätig	Teilzeit	Vollzeit	nachr.: Männer Vollzeit
Stunden					
Berufstätigkeit <sup>1)</sup>	Ost	—	6,8	9,3	9,8
	West	—	4,6	9,1	9,7
Besorgungen	Ost	2,2	1,9	1,7	1,2
	West	4,1	3,3	2,5	1,1
Besorgungen u. Hausarbeit		5,2	4,3	2,3	0,9
Kinderbetreuung	Ost	(4,9)	3,1	2,6	1,5
	West	6,3	5,1	2,5	1,2
Reparaturen und Gartenarbeit	Ost	1,2	1,1	0,7	1,7
	West	1,0	0,9	0,6	1,1

1) Einschließlich Wegzeiten und nebenberufliche Tätigkeiten.  
Quellen: Das Sozio-ökonomische Panel 1989 (West), 1990 (Ost).

Frauen<sup>15</sup>. Nicht zuletzt aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen wird Teilzeitarbeit im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch in Ostdeutschland künftig eine bedeutendere Rolle spielen.

Für Frauen in den alten und in den neuen Bundesländern bleibt die Frage, inwieweit der Wunsch nach Teilzeitarbeit überhaupt verwirklicht werden kann. Aus den alten Bundesländern ist bekannt, daß die Nachfrage nach Arbeitsplätzen mit qualifizierter Teilzeitarbeit nach wie vor das Angebot übersteigt. Für viele Frauen stellt jedoch auch Teilzeitarbeit keine gangbare Alternative zur Vollzeiterwerbstätigkeit dar, weil in der Regel kein existenzsicherndes Einkommen erzielt wird. Zudem wollen Frauen

<sup>10</sup> Vgl. Angebot an Arbeitskräften in Deutschland auf längere Sicht. Bearb.: Ellen Kirner und Erika Schulz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 49/90.

<sup>11</sup> Vgl. Gunnar Winkler (Hg.): Frauenreport, Berlin 1990, S. 37-100.

<sup>12</sup> Vgl. Elke Holst und Eckhard Priller, Zeitverwendung in der DDR am Vorabend der Marktwirtschaft. In: Projektgruppe „Das Sozio-ökonomische Panel“ (Hg.), Lebenslagen im Wandel Basisdaten und -analysen zur Entwicklung in Ostdeutschland, Frankfurt, New York 1991, S. 237-259.

<sup>13</sup> Vgl. Bundesministerium für Frauen und Jugend a.a.O., S. 19 ff.

<sup>14</sup> Vgl. Jürgen Schupp, Befragungsergebnisse zur Teilzeitarbeit in der DDR. Diskussionspapiere des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Nr. 20, 1991.

<sup>15</sup> Dies schlägt sich — wie zu erwarten — in dem unterschiedlichen Zeitvolumen der Teilzeitbeschäftigten für Kindererziehung nieder: teilzeitbeschäftigte Frauen in Ostdeutschland wandten hierfür 3,1 Stunden, teilzeitbeschäftigte Frauen in Westdeutschland 5,1 Stunden auf.

Einbußen beim Einkommen, bei der sozialen Sicherung und auch beim Karriereverlauf immer weniger hinnehmen. Somit bleibt das Dilemma der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bestehen<sup>16</sup>. Dies ist sicherlich eine Ursache dafür, daß insbesondere jüngere Frauen mit einer Ausbildung in den alten Bundesländern mehr und mehr die Verwirklichung des Kinderwunsches zurückstellen<sup>17</sup>.

Es gilt nun der Gefahr zu begegnen, daß der Arbeitsmarkt die notwendige Integration der Frauen nicht leistet, die hohe Erwerbsneigung der Frauen sich in steigenden Arbeitslosenzahlen oder in der „Stillen Reserve“ niederschlägt, statt durch eine ausreichende Anzahl von Arbeitsplätzen aufgefangen zu werden. Bereits jetzt zeigt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit Juni 1990 in den neuen Bundesländern — trotz zahlreicher arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen — eine sich öffnende Schere zwischen Männern und Frauen (Schaubild 2)<sup>18</sup>.

Obwohl also die Ausweitung der Teilzeitarbeit in den alten Bundesländern zweifellos einen wichtigen Beitrag sowohl zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf als auch zur Integration von Frauen in das Erwerbsleben geleistet hat, sollten die Erwartungen in die Teilzeitarbeit als Lösungsstrategie für die Probleme am Arbeitsmarkt nicht zu hoch gesteckt werden. Es bleibt also zu prüfen, welche weiteren Anforderungen sich aus der im Osten nach wie vor hohen und der im Westen steigenden Erwerbsquote von Frauen an die Arbeitsmarktpolitik im weitesten Sinne ableiten lassen.

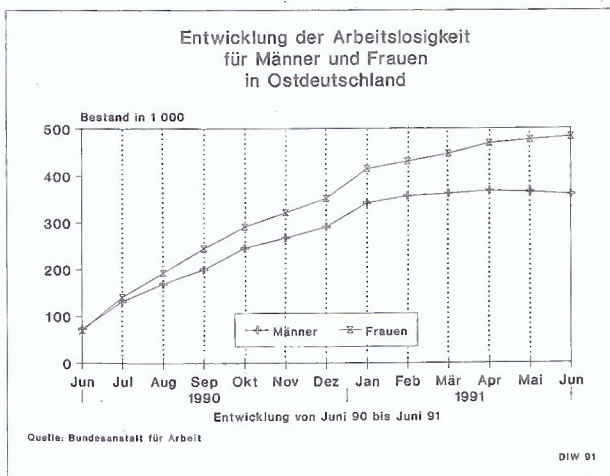
### Erwerbsarbeit von Fixierung auf männerspezifische Normalbiographien lösen

Die beschriebenen Erfahrungen in Ost- und Westdeutschland zeigen, daß einerseits aus den oben genannten Gründen nicht damit gerechnet werden kann, daß die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Deutschland zurückgehen wird, andererseits aber auch hohe Erwerbsquoten und ein hoher Erwerbsumfang der Frauen alleine noch

keine gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben ermöglichen. Vielmehr ist es die derzeitige Erwerbsarbeit in ihrer Fixierung auf männerspezifische „Normalbiographien“, die für die Frauen mit „Zeitnot“ verbunden ist und die ihre volle Integration am Arbeitsmarkt und in das Berufssystem unmöglich macht. Das vorherrschende Normalarbeitsverhältnis mit seiner Ausrichtung auf Beruf und Karriere bei Unterordnung des privaten Lebensbereichs ist für Männer und Frauen zugleich nicht erreichbar — will die Gesellschaft auf eine nachwachsende Generation nicht verzichten. In der niedrigen Geburtenhäufigkeit kann man durchaus schon heute ein Symptom dafür sehen, daß immer mehr Frauen die herrschende gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen ablehnen<sup>19</sup>.

Vor dem Hintergrund der steigenden Erwerbsneigung der Frauen ist eine Wandlung der Erwerbsarbeit erforderlich, die sie für Frauen *und* Männer vereinbar macht mit den Anforderungen des außerberuflichen Alltags und den „Wechselfällen des Lebens“<sup>20</sup>. Dazu gehört, daß die *zeitlich begrenzte* Möglichkeit zur sozial gesicherten Teilzeitarbeit in Lebensphasen, in denen außerberufliche Interessen Priorität haben, Eingang in die Normalbiographie des Erwerbslebens findet. Diese Möglichkeit sollte nicht nur auf die Bedürfnisse der Frauen abgestimmt werden, sondern so ausgestaltet sein, daß sie auch für Männer ein attraktives Angebot zur Erweiterung ihrer Optionen auf ein vielfältiges und abwechslungsreiches Leben wird.

Da aber Teilzeitarbeit einerseits nur von einer begrenzten Gruppe und oft nur für eine bestimmte Zeitspanne gewünscht wird und andererseits die Bereitschaft von Unternehmen zur Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen — vor allem bei qualifizierten und erst recht bei leitenden Tätigkeiten — bis auf weiteres begrenzt bleiben wird, dürfte der Ausbau dieser Option *allein* sicher noch kein Gleichgewicht am Arbeitsmarkt bewirken. Eine gerin-



<sup>16</sup> Zur allgemeinen Erwerbssituation der Frauen vgl. Frauen in Familie und Beruf. Bearb.: Elke Holst und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 29/90, und Johannes Schwarze, Martin Gornig und Michael Steinhöfel (1990): Die Bedeutung der Erwerbstätigkeit für die Einkommensverteilung in beiden deutschen Staaten. In: Arbeit und Sozialpolitik (44), S. 202-206.

<sup>17</sup> Vgl. Johannes Huinink: Ausbildung, Erwerbsbeteiligung von Frauen und Familienbildung im Kohortenvergleich. In: Wagner et al. (Hg.), Familienbildung und Erwerbstätigkeit im demographischen Wandel, Berlin 1989, S. 156.

<sup>18</sup> Auch in den alten Bundesländern tragen die Frauen nach wie vor ein überdurchschnittliches Arbeitsplatzrisiko, obwohl sie die Beschäftigungsgewinner der vergangenen Jahre waren. Vgl. hierzu Christian Brinkmann, Arbeitslosigkeit und Stille Reserve von Frauen. In: Karl Ulrich Mayer et al. (Hg.), Vom Regen in die Traufe: Frauen zwischen Beruf und Familie, Frankfurt/Main 1991, S. 236.

<sup>19</sup> Vgl. Ellen Kirner und Erika Schulz: Die Erwerbsbeteiligung im Lebensverlauf von Frauen in Abhängigkeit von der Kinderzahl. In: Claudia Gather et al. (Hg.): Frauenalterssicherung. Lebensläufe von Frauen und ihre Benachteiligung im Alter. Berlin 1991, 76 ff.

<sup>20</sup> Vgl. Barbara Sichtermann, Frauenarbeit, Berlin 1987.

gere Wochenarbeitszeit könnte helfen, die Zeitnot von Frauen abzubauen, ohne daß dies zu Nachteilen im Beruf führt, wie sie für Teilzeitbeschäftigte zu beobachten sind. Eine niedrigere Wochenarbeitszeit (auch unterhalb von 35 Stunden) würde die Unterschiede zwischen Teil- und Vollzeitarbeit verringern und auch jenen Frauen, die bisher nur Teilzeitarbeit nachfragten, ermöglichen, einen Arbeitsplatz mit einer dann reduzierten tariflichen Vollzeitarbeit einzunehmen. Zugleich ließe die verkürzte Arbeitszeit auch Männern die Möglichkeit, Familie und Beruf besser zu vereinbaren.

### Fazit

Aus frauenpolitischer Perspektive steht die Arbeitsmarktpolitik vor einer doppelten Herausforderung: Erstens ist ein ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme und der Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt bereitzustellen, und zweitens sind gleichzeitig sowohl die Rahmenbedingungen der Erwerbstätigkeit als auch die Arbeitsbedingungen für Frauen und Männer so zu gestalten, daß eine gleichberechtigte Teilhabe beider Geschlechter an allen Lebensbereichen

möglich wird. Dies kann nur geschehen, wenn die gesamtwirtschaftlich ausgerichtete Wachstumspolitik durch eine gezielte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik ergänzt wird, die die quantitativen und qualitativen Strukturprobleme des Erwerbssystems gleichrangig berücksichtigt.

Diese Ergänzungsmöglichkeit stellt die Arbeitszeitpolitik dar, wenn sie sowohl einen Beitrag zur Umverteilung von Arbeit als auch zur besseren Vereinbarkeit von beruflicher, individueller und familiärer Interessen von Frauen und Männern leistet. Dies ließe sich erstens durch eine Ausweitung der Möglichkeiten zur qualifizierten Teilzeitarbeit von Frauen *und* Männern erreichen, wobei die betriebliche und individuelle Ausgestaltung flexibel gehandhabt werden sollte.

Die Nachfrage nach Arbeitsplätzen mit qualifizierter Teilzeit übersteigt aber bisher das Angebot, häufig stellt Teilzeitarbeit auch keine echte Alternative zur Vollerwerbstätigkeit dar. Vor diesem Hintergrund wäre zweitens auch die Option auf eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit (auch unterhalb der 35-Stunden-Woche) offenzuhalten. Voraussetzung für den Erfolg einer solchen Politik ist auch die Verbesserung der qualitativen Rahmenbedingungen der Erwerbsarbeit, die die Ausübung einer Erwerbsarbeit insbesondere von Frauen mit kleinen Kindern erst ermöglicht.

# Der Arbeitsmarkt ein Jahr nach Beginn der Währungsunion

## Aktuelle Arbeitsmarktentwicklung

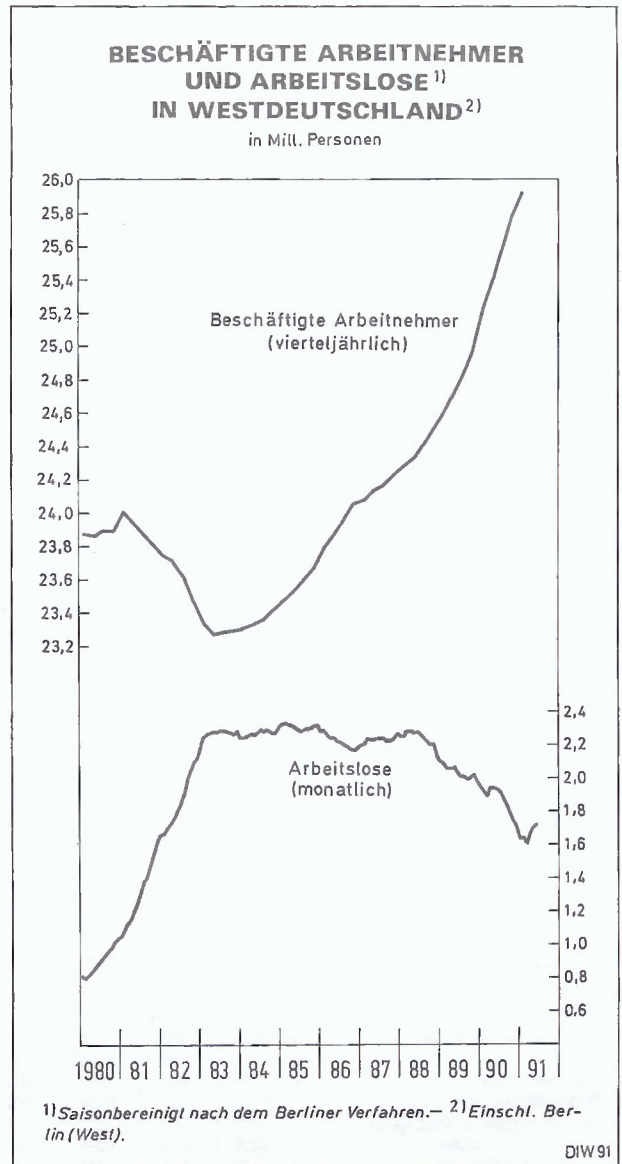
Die Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland waren in den Monaten Mai und Juni weit weniger dramatisch als in den Monaten zuvor. Weder in West- noch in Ostdeutschland ergaben sich größere Veränderungen. Im gesamten Bundesgebiet betrug die Arbeitslosenquote im Juni 6,3 vH aller zivilen Erwerbspersonen. Sie lag damit unter dem europäischen Durchschnitt (April 8,6 vH). Wird der Berechnung allerdings die um den durchschnittlichen Arbeitsausfall der ostdeutschen Kurzarbeiter bereinigte Arbeitslosenzahl zugrunde gelegt, erhöht sich die Quote auf 9 vH.

Die Unterschiede zwischen den regionalen Teilarbeitsmärkten Deutschlands sind weiterhin beträchtlich. Die westdeutsche Arbeitslosenquote betrug im Juni 5,3 vH. Der seit Mitte 1988 zu beobachtende ausgeprägte Rückgang der Arbeitslosigkeit ist jedoch im Frühjahr dieses Jahres zum Stillstand gekommen. Nach Bereinigung um saisonale Einflüsse, die im Frühjahr und Sommer zu einer deutlichen Verringerung der Arbeitslosenzahl führten, ist die Arbeitslosigkeit seit April sogar wieder gestiegen<sup>1</sup>.

Die Aufnahmefähigkeit des westdeutschen Arbeitsmarktes ist offensichtlich nicht mehr genügend groß, um das durch Aussiedler aus Osteuropa und durch Arbeitskräftewanderung aus Ostdeutschland noch immer steigende Arbeitsangebot zu absorbieren. Leicht erhöht hat sich in Westdeutschland auch die Zahl der Kurzarbeiter. Insbesondere im Bergbau ist im Juni die Kurzarbeiterzahl deutlich gestiegen. In den übrigen Bereichen war der Anstieg der Kurzarbeit vor allem durch die Nachfrageschwäche bei den wichtigsten Handelspartnern der Bundesrepublik bedingt; davon ist insbesondere das Investitionsgüter produzierende Gewerbe betroffen.

In Ostdeutschland hat sich die Arbeitslosigkeit im Juni nur unwesentlich, auf knapp 843 000 Personen, erhöht. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 9,5 vH der Erwerbspersonen. Dabei ist die Zahl der arbeitslosen Frauen überproportional gestiegen. Die Arbeitslosenquote der Frauen betrug zuletzt 11,2 vH, die der Männer 8,0 vH. Bei den Männern war die Arbeitslosenzahl gegenüber Mai sogar leicht rückläufig. Entlastend auf den Arbeitsmarkt wirkten die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik wie Fortbildung und Umschulung sowie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM). So waren Ende Juni knapp 150 000 Arbeitskräfte in ABM beschäftigt, die Zahl der Eintritte in berufliche Weiterbildung lag bei über 80 000. Zudem entlastete die hohe Zahl der Auspendler den Arbeitsmarkt in Ostdeutschland. Nach Schätzungen der Bundesanstalt für Arbeit haben bereits über 350 000 Personen aus Ostdeutschland eine Beschäftigung in Westdeutschland gefunden.

Eine Besserung der Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt ist trotz der Stabilisierung der Industrieproduktion



noch nicht in Sicht. Das Beschäftigungsniveau hat sich bei weitem noch nicht an das Produktionsniveau angepaßt. Die Kostensituation der Unternehmen kann sich nur verbessern, wenn die Zahl der Arbeitsplätze weiter reduziert wird. Dieser Verlust wird aber noch nicht durch das Angebot an neuen Arbeitsplätzen kompensiert. Die Zahl der offenen Stellen hat zwar im Juni gegenüber Mai um 25 vH zugenommen und lag am Monatsende bei knapp 32 000,

<sup>1</sup> Die Saisonbereinigung wurde nach dem Berliner Verfahren durchgeführt. Gemäß den Verfahren der Bundesanstalt für Arbeit und der Bundesbank ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit weniger ausgeprägt.

**Beschäftigte und Einkommen der Arbeitnehmer<sup>1)</sup> in Westdeutschland<sup>2)</sup>  
im 1. Quartal 1991**

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen									Veränderung gegenüber Vorjahr in vH		
	Männer				Frauen				Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
	Gesamt	Arbeiter	Ang. u. Beamte	Auszubildende	Gesamt	Arbeiter	Ang. u. Beamte	Auszubildende				
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1000 Personen)												
Land- und Forstwirtschaft	151	101	32	18	59	32	18	9	210	2,0	0,0	1,4
Bergbau	163	118	32	13	5	1	4	0	168	-5,2	0,0	-5,1
Energiewirtschaft	233	132	89	12	39	9	27	3	272	2,6	2,6	2,6
Verarbeitendes Gewerbe <sup>3)</sup>	6140	4042	1700	398	2363	1383	851	129	8503	2,7	3,6	3,0
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	1174	774	341	59	267	101	152	14	1441	1,3	1,9	1,4
Investitionsgüter	3426	2175	1016	235	1013	566	405	42	4439	2,4	2,9	2,5
Verbrauchsgüter	1079	772	245	62	753	544	174	35	1832	2,7	3,2	2,9
Nahrungs- und Genußmittel	461	321	98	42	330	172	120	38	791	9,0	8,2	8,7
Baugewerbe	1494	1167	198	129	172	21	138	13	1666	2,9	4,2	3,0
Produzierendes Gewerbe	8030	5459	2019	552	2579	1414	1020	145	10609	2,6	3,6	2,8
Handel	1708	546	1076	86	2079	305	1654	120	3787	6,0	6,5	6,3
Verkehr <sup>4)</sup>	1112	513	552	47	354	100	236	18	1466	1,1	2,0	1,3
Handel und Verkehr	2820	1059	1628	133	2433	405	1890	138	5253	4,0	5,8	4,9
Öffentlicher Dienst <sup>5)</sup>	2487	370	2077	40	1717	250	1396	71	4204	0,3	0,6	0,4
Geld-, Bank- u. Versicherungsgewerbe	481	16	429	36	499	33	430	36	980	2,8	2,0	2,4
Gastgewerbe	239	130	87	22	357	197	128	32	596	0,8	0,8	0,8
Dienstleistungshandwerk <sup>6)</sup>	258	216	33	9	746	618	79	49	1004	3,6	3,6	3,6
Sonstige Dienstleistungen <sup>7)</sup>	1139	266	806	67	1768	296	1214	258	2907	3,6	3,3	3,4
Dienstleistungen, gesamt	4604	998	3432	174	5087	1394	3247	446	9691	1,6	2,1	1,9
Insgesamt	15605	7617	7111	877	10158	3245	6175	738	25763	2,5	3,4	2,9
Bruttolöhne und -gehälter (in Mill. DM) <sup>8)</sup>												
Land- und Forstwirtschaft	1313	812	461	40	407	202	186	19	1720	4,8	4,9	4,8
Bergbau	2139	1416	669	54	71	9	62	0	2210	1,6	7,6	1,7
Energiewirtschaft	2946	1533	1375	38	414	75	331	8	3360	6,0	6,7	6,1
Verarbeitendes Gewerbe <sup>3)</sup>	76678	43616	32069	993	20449	9817	10318	314	97127	8,2	9,3	8,5
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	16102	8856	7091	155	2815	799	1980	36	18917	7,5	9,2	7,8
Investitionsgüter	44586	24503	19500	583	9729	4467	5159	103	54315	7,9	8,7	8,1
Verbrauchsgüter	11389	7272	3958	159	5505	3535	1881	89	16894	7,9	8,4	8,0
Nahrungs- und Genußmittel	4601	2985	1520	96	2400	1016	1298	86	7001	15,0	14,2	14,7
Baugewerbe	12409	9070	3004	335	1472	167	1272	33	13881	2,4	8,9	3,1
Produzierendes Gewerbe	94172	55635	37117	1420	22406	10068	11983	355	116578	7,2	9,2	7,6
Handel	19041	4807	14049	185	15957	2078	13622	257	34998	9,9	10,7	10,2
Verkehr <sup>4)</sup>	11797	4686	7000	111	3087	616	2429	42	14884	3,5	4,6	3,7
Handel und Verkehr	30838	9493	21049	296	19044	2694	16051	299	49882	7,3	9,6	8,2
Öffentlicher Dienst <sup>5)</sup>	27227	3290	23834	103	15484	1451	13852	181	42711	2,5	3,0	2,6
Geld-, Bank- u. Versicherungsgewerbe	6907	162	6638	107	5298	258	4934	106	12205	6,5	6,2	6,4
Gastgewerbe	2102	1036	1019	47	2034	1077	891	66	4136	4,5	4,9	4,7
Dienstleistungshandwerk <sup>6)</sup>	1897	1506	375	16	3952	3271	600	81	5849	5,9	6,6	6,4
Sonstige Dienstleistungen <sup>7)</sup>	11975	2229	9596	150	10924	1630	8731	563	22899	6,3	6,5	6,4
Dienstleistungen, gesamt	50108	8223	41462	423	37692	7687	29008	997	87800	4,1	4,9	4,5
Insgesamt	176431	74163	100089	2179	79549	20651	57228	1670	255980	6,3	7,2	6,6
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM) <sup>8)</sup>												
Land- und Forstwirtschaft	2898	2680	4802	741	2299	2104	3444	704	2730	2,7	4,9	3,3
Bergbau	4374	4000	6969	1385	4733	3000	5167		4385	7,2	7,6	7,2
Energiewirtschaft	4215	3871	5150	1056	3538	2778	4086	889	4118	3,3	4,0	3,4
Verarbeitendes Gewerbe <sup>3)</sup>	4163	3597	6288	832	2885	2366	4042	811	3808	5,4	5,5	5,3
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	4572	3814	6932	876	3514	2637	4342	857	4376	6,2	7,1	6,3
Investitionsgüter	4338	3755	6398	827	3201	2631	4246	817	4079	5,4	5,6	5,4
Verbrauchsgüter	3518	3140	5385	855	2437	2166	3603	848	3074	5,1	5,1	5,0
Nahrungs- und Genußmittel	3327	3100	5170	762	2424	1969	3606	754	2950	5,5	5,5	5,6
Baugewerbe	2769	2591	5057	866	2853	2651	3072	846	2777	-0,5	4,4	0,0
Produzierendes Gewerbe	3909	3397	6128	857	2896	2373	3916	816	3663	4,5	5,4	4,6
Handel	3716	2935	4352	717	2558	2271	2745	714	3081	3,6	3,9	3,7
Verkehr <sup>4)</sup>	3536	3045	4227	787	2907	2053	3431	778	3384	2,4	2,5	2,4
Handel und Verkehr	3645	2988	4310	742	2609	2217	2831	722	3165	3,2	3,6	3,2
Öffentlicher Dienst <sup>5)</sup>	3649	2964	3825	858	3006	1935	3308	850	3387	2,2	2,3	2,2
Geld-, Bank- u. Versicherungsgewerbe	4787	3375	5158	991	3539	2606	3825	981	4151	3,6	4,1	3,9
Gastgewerbe	2932	2656	3904	712	1899	1822	2320	688	2313	3,6	4,0	3,8
Dienstleistungshandwerk <sup>6)</sup>	2451	2324	3788	593	1766	1764	2532	551	1942	2,2	2,9	2,7
Sonstige Dienstleistungen <sup>7)</sup>	3505	2793	3969	746	2060	1836	2397	727	2626	2,6	3,2	2,9
Dienstleistungen, gesamt	3628	2746	4027	810	2470	1838	2978	745	3020	2,5	2,7	2,6
Insgesamt	3769	3246	4692	828	2610	2121	3089	754	3312	3,7	3,7	3,6

<sup>1)</sup> Inländerkonzept; einschl. Heimarbeiter. — <sup>2)</sup> Einschl. Berlin (West). — <sup>3)</sup> Einschl. produzierendes Handwerk u. sonst. Kleingewerbe. — <sup>4)</sup> Einschl. Bundesbahn und Bundespost (Postbank, Postdienst, Telekom). — <sup>5)</sup> Einschl. Soldaten. — <sup>6)</sup> U.a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseur, Gebäudereinigung. — <sup>7)</sup> Insbesondere freie Berufe, Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte. — <sup>8)</sup> Einschl. tariflicher und außertariflicher Sonderzahlungen (13. Monateinkommen, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Gratifikationen u.a.).

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Beschäftigte Arbeitnehmer<sup>1)</sup> in Westdeutschland<sup>2)</sup>

	1988			1989				1990				1991
	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I
Absolute Zahlen in Tausend												
Land- u. Forstwirtschaft	234	248	238	204	234	245	233	207	241	259	241	210
Bergbau	195	193	190	187	184	183	180	177	174	173	170	168
Energiewirtschaft	261	261	262	262	263	263	264	265	267	269	271	272
Verarbeitendes Gewerbe <sup>3)</sup>	7973	8057	8073	8036	8075	8189	8227	8259	8311	8433	8481	8503
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	1407	1421	1422	1402	1412	1430	1433	1421	1430	1445	1444	1441
Investitionsgüter	4139	4176	4189	4188	4213	4274	4300	4329	4359	4418	4431	4439
Verbrauchsgüter	1723	1732	1735	1738	1745	1758	1765	1781	1792	1805	1820	1832
Nahrungs- u. Genußmittel	704	728	727	708	705	727	729	728	730	765	786	791
Baugewerbe	1623	1673	1662	1571	1625	1668	1668	1617	1680	1725	1727	1666
Produzierendes Gewerbe	10052	10184	10187	10056	10147	10303	10339	10318	10432	10600	10649	10609
Handel	3385	3388	3445	3445	3461	3467	3535	3563	3597	3626	3741	3787
Verkehr <sup>4)</sup>	1447	1453	1456	1437	1448	1456	1460	1447	1464	1476	1483	1466
Handel und Verkehr	4832	4841	4901	4882	4909	4923	4995	5010	5061	5102	5224	5253
Öffentlicher Dienst <sup>5)</sup>	4166	4167	4169	4173	4174	4175	4177	4186	4192	4197	4199	4204
Geld-, Bank- u. Vers.-gewerbe	909	915	924	929	937	941	947	957	965	969	975	980
Gastgewerbe	606	619	617	582	613	626	623	591	624	638	630	596
Dienstleistungshandwerk <sup>6)</sup>	908	906	937	916	952	950	979	969	1008	1003	1031	1004
Sonstige Dienstleistungen <sup>7)</sup>	2592	2592	2671	2655	2711	2711	2787	2811	2868	2862	2933	2907
Dienstleistungen, gesamt	9181	9199	9318	9255	9387	9403	9513	9514	9657	9669	9768	9691
Insgesamt	24299	24472	24644	24397	24677	24874	25080	25049	25391	25630	25882	25763
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH												
Land- u. Forstwirtschaft	-3,3	0,4	-0,4	2,0	0,0	-1,2	-2,1	1,5	3,0	5,7	3,4	1,4
Bergbau	-4,9	-4,5	-5,5	-5,6	-5,6	-5,2	-5,3	-5,3	-5,4	-5,5	-5,6	-5,1
Energiewirtschaft	1,2	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	1,1	1,5	2,3	2,7	2,6
Verarbeitendes Gewerbe <sup>3)</sup>	-0,3	0,0	0,3	0,9	1,3	1,6	1,9	2,8	2,9	3,0	3,1	3,0
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	-0,8	-0,4	0,0	0,3	0,4	0,6	0,8	1,4	1,3	1,0	0,8	1,4
Investitionsgüter	-0,3	0,1	0,4	1,2	1,8	2,3	2,6	3,4	3,5	3,4	3,0	2,5
Verbrauchsgüter	0,1	0,3	0,3	1,0	1,3	1,5	1,7	2,5	2,7	2,7	3,1	2,9
Nahrungs- u. Genußmittel	-0,3	0,0	0,0	0,3	0,1	-0,1	0,3	2,8	3,5	5,2	7,8	8,7
Baugewerbe	-1,2	-1,4	-1,2	2,3	0,1	-0,3	0,4	2,9	3,4	3,4	3,5	3,0
Produzierendes Gewerbe	-0,5	-0,3	-0,1	1,0	0,9	1,2	1,5	2,6	2,8	2,9	3,0	2,8
Handel	2,4	2,0	2,2	2,6	2,2	2,3	2,6	3,4	3,9	4,6	5,8	6,3
Verkehr <sup>4)</sup>	0,1	0,0	-0,2	-0,3	0,1	0,2	0,3	0,7	1,1	1,4	1,6	1,3
Handel und Verkehr	1,7	1,4	1,4	1,7	1,6	1,7	1,9	2,6	3,1	3,6	4,6	4,9
Öffentlicher Dienst <sup>5)</sup>	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,4	0,5	0,5	0,4
Geld-, Bank- u. Vers.-gewerbe	3,4	3,5	3,1	3,1	3,1	2,8	2,5	3,0	3,0	3,0	3,0	2,4
Gastgewerbe	1,3	1,3	1,1	1,2	1,2	1,1	1,0	1,5	1,8	1,9	1,1	0,8
Dienstleistungshandwerk <sup>6)</sup>	4,6	3,2	3,2	3,5	4,8	4,9	4,5	5,8	5,9	5,6	5,3	3,6
Sonstige Dienstleistungen <sup>7)</sup>	4,2	3,6	3,5	3,8	4,6	4,6	4,3	5,9	5,8	5,6	5,2	3,4
Dienstleistungen, gesamt	2,1	1,8	1,8	1,9	2,2	2,2	2,1	2,8	2,9	2,8	2,7	1,9
Insgesamt	0,9	0,8	0,9	1,5	1,6	1,6	1,8	2,7	2,9	3,0	3,2	2,9

1) Inländerkonzept; einschl. Heimarbeiter. — 2) Einschl. Berlin (West). — 3) Einschl. produzierendes Handwerk u. sonst. Kleingewerbe. — 4) Einschl. Bundesbahn und Bundespost (Postbank, Postdienst, Telekom). — 5) Einschl. Soldaten. — 6) U.a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseure, Gebäudereinigung. — 7) Insbesondere freie Berufe, Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

gemessen an der Zahl der Arbeitslosen ist der Bestand an offenen Stellen aber immer noch äußerst gering. So stand im Juni nur eine offene Stelle für 27 Arbeitslose zur Verfügung (in Westdeutschland ist das Verhältnis dagegen eins zu vier). Am schlechtesten ist diese Relation in den Textil- und Bekleidungsberufen. Hier konkurrieren 180 Arbeitslose um eine offene Stelle. Relativ günstig ist das Verhältnis bei den Bauberufen (sechs Arbeitslose je offene Stelle). Insgesamt hat sich aber die Relation von Arbeitslosen zu offenen Stellen seit März leicht verbessert.

Zugenommen hat im bisherigen Verlauf dieses Jahres die Vermittlungstätigkeit der ostdeutschen Arbeitsämter. Die Zahl der neuvermittelten Arbeitsplätze hat sich im Juni gegenüber Januar von knapp 26 000 auf 61 000 erhöht. Dadurch konnte auch die Zeit verringert werden, in der eine gemeldete offene Stelle unbesetzt bleibt. Am Jahresanfang dauerte es im Durchschnitt knapp einen Monat, bis eine offene Stelle besetzt wurde, im Juni dürfte sich diese Zeit auf unter zwei Wochen verringert haben.

Die Zahl der Kurzarbeiter ist im Juni leicht zurückgegangen, der durchschnittliche Arbeitsausfall je Kurzarbeiter ist jedoch weiter gestiegen und lag zuletzt bei knapp 57 vH. Während von Mai bis Juni die Zahl der Kurzarbeiter mit einem Arbeitsausfall von weniger als 75 vH abgenommen hat, ist die Zahl derer gestiegen, deren Arbeitszeit um mehr als 75 vH verkürzt ist. Auch steigt die individuelle Dauer der Kurzarbeit ständig. Über zwei Drittel der Kurzarbeiter im Juni waren seit mehr als sechs Monaten mit Arbeitszeiteinschränkungen konfrontiert. Im Juni waren in den Branchen Elektrotechnik sowie Metallherzeugung und -verformung etwa 70 vH der Ende 1990 Beschäftigten auf Kurzarbeit gesetzt. Am geringsten ist das Ausmaß der Kurzarbeit im Baugewerbe, wo nur ein Drittel der Arbeitnehmer verkürzt arbeitet.

**Beschäftigung und Einkommen in Deutschland  
im ersten Quartal 1991**

**Sektorale Beschäftigungsentwicklung  
in Westdeutschland<sup>2</sup>**

Im ersten Quartal dieses Jahres stieg die Zahl der Beschäftigten (ohne Pendler) saisonbereinigt um 150 000; sie lag damit um gut 700 000 oder 2,9 vH über dem entsprechenden Vorjahresquartal. Der Quartalszuwachs war zwar etwas geringer als in den einzelnen Quartalen des Vorjahres, verglichen mit der Entwicklung in früheren Jahren war er aber immer noch außerordentlich hoch. Das Muster leicht abnehmender Zuwachsraten der Beschäftigung zeigte sich in nahezu allen Sektoren der Gesamtwirtschaft. Insgesamt betrachtet war die Expansion der Beschäftigtenzahl in den konsumnahen Bereichen, die besonders von der Währungsunion profitierten, nach wie vor überdurchschnittlich. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität je Beschäftigtenstunde erhöhte sich im Berichtszeitraum um 5,5 vH gegenüber dem Vorjahr.

Im verarbeitenden Gewerbe wurden im ersten Jahresviertel 1991 saisonbereinigt 60 000 Personen zusätzlich eingestellt. Im Vorjahresvergleich bedeutet dies eine Zunahme um 3,0 vH. Den größten Zuwachs von 8,7 vH gegenüber dem Vorjahresquartal erzielte dabei die Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Mit einer Jahreswachstumsrate von 2,9 vH expandierte die Beschäftigung im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe ebenfalls kräftig. Diese beiden Bereiche profitierten am stärksten von der hohen

<sup>2</sup> Eine sektoral disaggregierte Analyse der Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung in Ostdeutschland ist derzeit noch nicht in dem Umfang wie für Westdeutschland möglich.

**Saisonbereinigte Entwicklung der Beschäftigtenzahl<sup>1)</sup> in Westdeutschland<sup>2)</sup>  
in 1000**

	1988			1989				1990				1991
	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I
Land- u. Forstwirtschaft	229	231	232	231	229	227	229	234	236	241	237	237
Produzierendes Gewerbe	10088	10102	10125	10153	10181	10233	10295	10396	10465	10535	10610	10682
dar.: Verarb. Gewerbe	8007	8021	8043	8067	8106	8155	8206	8282	8341	8401	8464	8523
Baugewerbe	1625	1627	1630	1637	1628	1633	1645	1671	1683	1693	1705	1718
Handel und Verkehr	4838	4853	4873	4892	4912	4939	4968	5016	5064	5121	5197	5258
Dienstleistungen	9170	9212	9267	9307	9365	9418	9473	9565	9629	9684	9729	9745
Beschäftigte, insgesamt	24325	24398	24496	24584	24688	24817	24965	25211	25395	25581	25773	25922

<sup>1)</sup> Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV 4). — <sup>2)</sup> Einschl. Berlin (West).

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Konsumnachfrage in den neuen Bundesländern. Im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe erhöhte sich der Personalbestand saisonbereinigt um gut 20 000 Personen. Im Jahresvergleich war die Beschäftigung um 2,5 vH höher. Die Ausweitung der Beschäftigung in diesem Bereich ist vor allem auf die inländische Investitionsgüternachfrage zurückzuführen, während von den Auslandsbestellungen nach wie vor nur geringe Impulse ausgingen.

Im Grundstoff produzierenden Gewerbe war im Unterschied zu den übrigen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes eine Beschleunigung der Beschäftigungsexpansion zu verzeichnen. Trotz nur mäßig steigender Produktion nahm die Zahl der Arbeitsplätze relativ stark zu. Der saisonbereinigte Quartalszuwachs der Beschäftigung lag bei 0,7 vH (nach 0,1 vH im vierten Quartal 1990 und jeweils 0,2 vH in den vorangegangenen Vierteljahre). Erzielt wurden diese Arbeitsplatzgewinne aber nicht in der chemi-

schen Industrie, die mit einem Beschäftigtenanteil von einem Drittel die größte Branche des Grundstoff produzierenden Gewerbes ist. Saisonbereinigt war die Beschäftigung hier sogar leicht rückläufig. Bei den übrigen Bereichen des Grundstoff produzierenden Gewerbes handelt es sich vorwiegend um Branchen, die Vorleistungen für die Bauindustrie erstellen. Die von der weiterhin guten Baukonjunktur begünstigten Firmen reagierten auf diese Entwicklung mit zunehmenden Einstellungen. Im Baugewerbe selbst wuchs die saisonbereinigte Zahl der Beschäftigten wie bereits in den vorangegangenen drei Vierteljahre um rund 0,7 vH.

Von den vier größten Branchen des verarbeitenden Gewerbes (Chemie, Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau und Elektrotechnik) stockten lediglich die Betriebe der Elektrotechnik ihre Belegschaft auf (saisonbereinigter Quartalszuwachs 0,5 vH). Im Maschinenbau und im Straßenfahr-

**Wichtige Tarifabschlüsse 1990/91 \* in Westdeutschland<sup>1)</sup>**

Wirtschaftszweig	Tarif- erhöhung in vH	Nebenregelungen	Beginn der Laufzeit <sup>2)</sup>
Bankgewerbe	6	Sonderzahlungen von jeweils 250 DM, bzw. 70 DM für Auszubildende, für die Monate November und Dezember. Verlängerung des Tarifvertrages über den Vorruhestand bis Ende 1993.	1.11.90 (14 Monate)
Volkswagenwerke (Inland)	6	Die wöchentliche Arbeitszeit wird vom 1.4.1993 an auf 36 Stunden und vom 1.10.1995 an auf 35 Stunden verkürzt.	1.11.90
Stahlindustrie	6	Vor der Tarifierhöhung werden die Ecklöhne um 26 Pf. angehoben. Sonderzahlungen von jeweils 275 DM für die Monate November und Dezember 1990. Einführung der 35-Stunden-Woche vom 1.4.1995 an.	1.1.91
Ruhrbergbau	4,9	Sonderzahlung von 150 DM einmal jährlich.	1. 2.91
Öffentlicher Dienst, Bundesbahn, Bundespost	6	Strukturverbesserungen für rd. 700 000 Beschäftigte rückwirkend vom 1.10.1990 an und für weitere etwa 600 000 Beschäftigte vom 1.1.1991 an.	1. 1.91
Baugewerbe	7		1. 4.91
Metallindustrie	6,7	Strukturverbesserungen in den unteren Lohngruppen.	1. 4.91
Textilindustrie	6,7	Vom 1.10.1993 an Verkürzung der Arbeitszeit von 38,5 Stunden auf 37 Stunden pro Woche.	1. 5.91
Papier- und pappever- arbeitende Industrie	7		1. 2.91
Einzelhandel <sup>3)</sup>	7		1. 5.91
Chemische Industrie	6,7		1.7./1.8. 1.9.91 <sup>4)</sup>

\* in der Reihenfolge der Abschlüsse. — <sup>1)</sup> Einschl. Berlin (West). — <sup>2)</sup> Laufzeit: 12 Monate, falls nicht anders vermerkt. — <sup>3)</sup> Für das Tarifgebiet Rheinland-Pfalz. — <sup>4)</sup> Regional unterschiedlich.  
Die westdeutschen Tarifabschlüsse sind auch für Ostdeutschland von Bedeutung, da die meisten ostdeutschen Löhne und Gehälter prozentual an die westdeutschen Einkommen gekoppelt sind.

zeugbau stagnierte dagegen die Beschäftigtenentwicklung.

In den Dienstleistungsbereichen war die Beschäftigung um knapp 2 vH höher als ein Jahr zuvor, wobei die Zuwächse im staatlichen Sektor (0,4 vH Jahreswachstumsrate) erneut besonders gering waren. Beträchtlich ausgeweitet wurde dagegen die Zahl der Beschäftigten im Handel. Die anhaltend gute Konsumnachfrage führte in diesem Bereich zu einem Beschäftigtenanstieg von 6,3 vH im Vergleich zum ersten Quartal des Vorjahres.

#### Einkommensentwicklung in Westdeutschland

Die Einkommenssituation in Westdeutschland verbesserte sich im ersten Jahresviertel 1991 etwas weniger als im Durchschnitt des vergangenen Jahres. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 6,6 vH (7,7 vH im Durchschnitt des Jahres 1990). Nachdem im vergangenen Jahr die Nettolohn- und -gehaltssumme aufgrund der zweiten Stufe der Steuerreform weit stärker gestiegen war als die Bruttolohn- und -gehaltssumme, entwickelten sich beide Größen im ersten Jahresviertel 1991 wieder etwa gleich.

Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (sie enthalten die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber und sind daher für die Kostensituation der Arbeitgeber relevant) lagen um 6,3 vH über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Bei einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 3,8 vH ergab sich im ersten Quartal 1991 eine Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten von etwa 2,5 vH. Doppelt so stark stiegen die Lohnkosten je Produkteinheit allerdings im verarbeitenden Gewerbe.

Das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nahm im ersten Quartal wieder stärker zu als die Bruttolohn- und -gehaltssumme (8,2 vH). Die Tendenz einer

sinkenden Lohnquote hat sich daher bisher noch nicht umgekehrt.

Die monatlichen Durchschnittseinkommen der in Westdeutschland lebenden Beschäftigten stiegen im Beobachtungszeitraum um 3,6 vH. Überproportional verbesserten sich die Einkommen im Bergbau (plus 7,2 vH gegenüber Vorjahr) und im verarbeitenden Gewerbe (plus 5,3 vH). Im Baugewerbe dagegen stagnierten die monatlichen Durchschnittseinkommen im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der witterungsbedingten Einkommenseinbußen. Die Zahl der Ausfalltagewerke im Baugewerbe war im ersten Quartal 1991 mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr. Unterdurchschnittlich stiegen die Monatseinkommen im Dienstleistungsbereich. Mit einem Jahreszuwachs von 2,2 vH lag der öffentliche Dienst im unteren Bereich der Einkommensentwicklung. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der im Frühjahr abgeschlossene Tarifvertrag rückwirkend zum 1. Januar gültig ist, die höheren Tarifföhne und -gehälter aber erst im zweiten Quartal ausgezahlt wurden.

#### Beschäftigung und Einkommen in Ostdeutschland im ersten Quartal 1991<sup>3</sup>

Die Beschäftigung in Ostdeutschland ist im ersten Quartal 1991 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal um 24 vH zurückgegangen. Besonders betroffen sind die Bereiche des produzierenden Gewerbes und die Landwirtschaft. In der Industrie sank die Erwerbstätigenzahl um 30 vH unter das Vorjahresniveau. In der Landwirtschaft gingen mehr als ein Drittel der Arbeitsplätze ver-

<sup>3</sup> Bei den an dieser Stelle vorgelegten Zahlen handelt es sich um erste Schätzungen des DIW.

Beschäftigte Arbeitnehmer<sup>1)</sup>, Bruttolohn- und -gehaltssumme und Durchschnittseinkommen in Ostdeutschland<sup>2)</sup> im 1. Quartal 1991

Wirtschaftsbereich	Besch. Arbeitnehmer in 1000 Personen	Bruttolohn- und -gehaltssumme in Mill. DM	Monatl. Durchschnittseinkommen in DM
Land- u. Forstwirtschaft	610	1 767	966
Bergbau, Energiewirtschaft u. Verarbeitendes Gewerbe	2 660	9 434	1 182
Baugewerbe	385	2 302	1 993
Handel	590	3 081	1 741
Verkehr	570	3 180	1 860
Öffentlicher Dienst	1 565	8 149	1 736
Private Dienstleistungen <sup>3)</sup>	850	3 937	1 544
Insgesamt	7 230	31 850	1 468

<sup>1)</sup> Einschl. Lehrlinge. — <sup>2)</sup> Einschl. Berlin (Ost). — <sup>3)</sup> Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck.  
Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

**Beschäftigung, Bruttolöhne und -gehälter sowie Durchschnittseinkommen in Westdeutschland<sup>1)</sup>**  
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH

	1989	1990	1989				1990				1991	
			I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II <sup>2)</sup>
Beschäftigung	1,6	3,0	1,5	1,6	1,6	1,8	2,7	2,9	3,0	3,2	2,9	2,7
Bruttolöhne und -gehälter	4,7	7,7	5,3	4,2	4,6	4,6	6,7	8,2	7,5	8,4	6,6	8,5
Durchschnittseinkommen	3,0	4,7	3,7	2,6	2,9	2,8	3,9	5,1	4,3	5,1	3,6	6

<sup>1)</sup> Einschl. Berlin (West). — <sup>2)</sup> Schätzung; Bruttolohn- und -gehaltsumme und Durchschnittseinkommen gerundet.  
*Quelle:* Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

loren. Insgesamt waren im Durchschnitt des ersten Vierteljahres noch etwa 7,2 Mill. Menschen beschäftigt — im Vergleich zu 9,5 Mill. im Vorjahresquartal.

Die Bruttolohn- und -gehaltsumme je beschäftigten Arbeitnehmer belief sich auf knapp 1 500 DM. Das sind etwa 45 vH des westdeutschen Niveaus. Unter diesem Durchschnitt lagen die Monatseinkommen in der Landwirtschaft und im verarbeitenden Gewerbe<sup>4</sup>.

### Ausblick

Im zweiten Quartal 1991 hat die Beschäftigung in Westdeutschland nach vorläufigen Schätzungen weiter zugenommen. Insgesamt dürfte sich eine Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahresquartal von 2,7 vH ergeben. Aufgrund der hohen Tarifabschlüsse werden die Durchschnittseinkommen im zweiten Quartal gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 6 vH gestiegen sein. Bei weiterhin zunehmender Beschäftigung ist ein Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltsumme von etwa 8,5 vH zu erwarten.

Aufgrund der starken Zuwanderung und der sich abschwächenden Konjunktur wird sich die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland im weiteren Verlauf dieses Jahres wieder erhöhen.

Die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt wird sich weiter deutlich verschlechtern. Auch die kräftige Aufstockung der Maßnahmen für Arbeitsbeschaffung, berufliche Weiterbildung sowie für Beschäftigungsgesellschaften wird nicht ausreichen, um einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland zu verhindern. Nach Schätzungen des DIW wird die Arbeitslosigkeit am Jahresende etwa 1,2 Mill. betragen. Grundlage dieser Schätzung ist, daß die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik weiter ausgebaut werden. Die Zahl der Kurzarbeiter wird

am Jahresende schätzungsweise bei 1,5 Mill. liegen. Stark entlastend wirkt die wohl noch weiter zunehmende Arbeitskräftewanderung von Ost- nach Westdeutschland — sei es durch Übersiedlung oder durch Pendeln.

Langfristig unterscheiden sich diese beiden Arten der Arbeitskräftewanderung allerdings in ihrer Wirkung. Die dauerhafte Abwanderung von Arbeitskräften könnte sich als eine schwere Hypothek für den Aufbau der ostdeutschen Wirtschaft erweisen, wenn der Mangel an qualifiziertem Fachpersonal die notwendigen Investitionen behindert. Auch wenn sich die wirtschaftliche Lage in Ostdeutschland durchgreifend verbessert, ist nicht zu erwarten, daß Arbeitskräfte, die ihren Lebensmittelpunkt nach Westdeutschland verlagert haben, wieder nach Ostdeutschland zurückkehren.

Bei temporärer Abwanderung, d.h. Pendeln zwischen Wohnsitz und Arbeitsplatz, ist diese Gefahr weniger groß, da die Bindung an den Wohnort bestehen bleibt. Temporäre Abwanderung durch Pendeln verringert aber nicht nur das ostdeutsche Arbeitskräfteangebot und entlastet dadurch den Arbeitsmarkt. Durch die Beschäftigung in Westdeutschland wird zudem einerseits der Verlust von „Humankapital“ durch in Ostdeutschland drohende Arbeitslosigkeit verhindert. Andererseits werden die Arbeitskräfte aus Ostdeutschland auf ihren westdeutschen Arbeitsplätzen an moderner Technologie weitergebildet. Das führt schließlich zu einem Transfer von technischem Wissen von West- nach Ostdeutschland, wenn die Arbeitskräfte wieder an ihrem Wohnort einen Arbeitsplatz finden. Temporäre Arbeitskräftewanderung ist daher grundsätzlich positiv zu bewerten.

<sup>4</sup> Für eine ausführlichere Analyse der Einkommensentwicklung in Ostdeutschland vgl. Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte in den neuen Bundesländern. Bearb.: Mitarbeiter des DIW und des IAW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 29/91.

## Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr.135 **Elemente regionaler Wohnungsmarktmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr.136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,—.
- Nr.137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. DM 22,60.
- Nr.138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartau. 203 S. 1983. DM 84,—.
- Nr.139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. DM 198,—.
- Nr.140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. DM 44,60.
- Nr.141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. DM 22,60.
- Nr.142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. DM 19,80.
- Nr.143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bade. 280 S. 1987. DM 56,—.
- Nr.144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. DM 54,—.
- Nr.145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. DM 82,60.

Bibliothek  
des  
Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33  
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00  
BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

*Frauenpolitische Aspekte der Arbeitsmarktentwicklung in Ost- und Westdeutschland.* Bearbeitet von Elke Holst. —  
*Der Arbeitsmarkt ein Jahr nach Beginn der Währungsunion.* Bearbeitet von Wolfgang Scheremet.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten